

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für

den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 R. monatl. Einzelne Nr. 20 Pf.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.
Postkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzelle oder deren Raum im Ankündigungs-
teil 2 M., die 66 mm breite Grundzelle oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingeschränkt 5 M. — Erhöhung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Danzig-Büllage, Synodal-Büllage, Befehlsglieder der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuch
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplatten auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Überleitung (und preisgelehrten Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voeges in Dresden.

Nr. 33

Donnerstag, 10. Februar

1921

Internationale Elbkommission.

(N.) Die Internationale Elbkommission hat am 7. Februar 1921 ihre diesjährige Tagung beendet. Die Kommission hat in 12 Sitzungen in einer Sitzung einen Gesetzentwurf der Elbschiffahrtssatzung fertiggestellt, der nunmehr allen interessierten Regierungen zur Prüfung zugehen wird. In einer Reihe von Fragen ist zwischen den Vertretern der beteiligten Staaten noch keine völlige Übereinstimmung erzielt worden. Die Verhandlungen sollen daher im Sommer dieses Jahres in einer weiteren Tagung und zwar wiederum in Dresden, fortgesetzt werden.

Aus der Brandversicherungskammer.

(N.) Die Verwaltungsausschüsse haben in der Sitzung am 20. Januar 1920 beschlossen, alle landwirtschaftlichen Gebäude und diejenigen industriellen und gewerblichen Gebäudearten, die in dem Zeitraum von 1910 bis 1918 weniger Brände bezahlt als sie Schadensvergütungen erhalten haben, in eine höhere Betriebsabteilung (I bis IX) einzustufen. Nachdem das Ministerium des Innern diese Umgestaltung genehmigt hat, sind die Brandversicherungskämmer angeordnet worden, diese Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen, die betreffenden Gebäudeklassen als unangemeldet neu zu schätzen und in die entsprechende Betriebsabteilung einzustufen.

Die angeblichen Machenschaften einer Königspartei.

(N.) Die "Roten Fahne" hatte am 22. Januar d. J. einen Artikel mit der Überschrift "Das wahre Gesicht" gebracht, der von Machenschaften einer angeblichen "Vaterländischen Königsparthei" in Sachsen handelte, und zugleich zum Beweise dafür das Familienfoto eines angeblichen an einem Bezirkshauptmann Löffler, Plauen i. B., Fürstenstraße 48, gerichteten Briefes abgedruckt. Die von der Polizeibehörde in Plauen i. B. darauf sofort eingeleiteten Ermittlungen haben ergeben, daß es in Plauen einen Bezirkshauptmann Löffler überhaupt nicht gibt, wohl aber einen Leutnant d. R. und Fabrikanten Löffler, dessen Geschäft sich Fürstenstraße 48 befindet. Löffler ist aus Anlaß des Ausschusses in der "Roten Fahne" politisch vernommen worden und hat glaubhaft versichert, daß er das dort abgedruckte oder ein ähnliches Schriftstück nicht erhalten habe. Er gehört einer Vaterländischen Königsparthei nicht an und habe nie Zuschriften von einer solchen empfangen.

Keine Regierungskrise in Bayern.

München, 9. Februar. Die offiziösen Mitteilungen über die Ergebnisse der gestrigen, den ganzen Tag andauernden Verhandlungen sind erst heute zu erwarten. Auf formelle können Gerüchte über eine etwa ausgebrochene Regierungskrise oder über eine Krise innerhalb der bayerischen Koalition dementiert werden. Das Ministerium d. Kult. steht auf dem Standpunkt, daß es vom Beratungen des Parlaments und des Landes getragen wird und daß seine Stellung in der Entwicklungfrage sich nicht verändert habe und auch nicht verändern könne. Die Verhandlungen waren streng vertraulich und es wurde allen beteiligten Parlamentarien und Journalisten an das Herz gelegt, über Einzelheiten Stillschweigen zu bewahren, bevor heute im Laufe des Tages die Formulierung gefunden und veröffentlicht wird. Die Versprechungen der Regierung mit den Parteien hatten von 1/3 bis 1/5 ihr angebaut. Sämtliche Fraktionen hatten darauf Abstimmungen abgehalten, die bis in den späten Abend noch andauerten.

Die Lage in Irland.

London, 9. Februar. Wie aus Cork gemeldet wird, teilen die Militärbehörden die gesamte männliche Bevölkerung zwischen 17 und 50 Jahren in Höhe ein, die als Bürgergarde aufzutreten haben, um in den ihnen zugewiesenen Bezirken zu verhindern, daß Überfälle auf die Streitkräfte der Krone stattfinden. Diese Bürgergarden werden ihr Leben in ihrem Bezirk vor kommenden Angriffen zuverteilen gemacht.

Kontrolle der italienischen Industrien durch die Arbeiter.

Rom, 8. Februar. Die Regierung hat dem Bureau der Kammer einen Gesetzentwurf über die Kontrolle der Industrien durch die Arbeiter eingereicht. Der Entwurf erläutert die Zwecke der Kontrolle und zählt die Aktionen der Industrien auf, in denen die Arbeiterkontrolle eingerichtet werden kann, wobei die Staatsbetriebe und die neuen An-

Kundgebung des Prinzen Max von Baden.

Nicht unterschreiben.

London, 9. Februar. In einer Unterredung mit dem Berliner Berichterstatter der "Daily News" erklärte Prinz Max von Baden: Die Staatsmänner der Verbündeten würden wohl, daß die in Paris aufgestellten Forderungen erfüllbar seien. Unmöglich Bedingungen würden Deutschland auferlegt, damit die Sanctionen zur Durchführung gebracht werden könnten. Diese Sanctionen sollten das Ziel der Kampfes beenden, den Verfall Deutschlands. Durch die Ausführung der Sanctionen sollte der Krieg Deutschlands vollzogen werden. Prinz Max sagte weiter, die Regierung Schenck-Simons wird nicht unterschreiben. Wir sind eher bereit, uns in die Katastrophe, die der Elmarath französischer Truppen und die Besiegung des Ruhrgebietes nach sich ziehen wird, zu stürzen, als mit eigener Hand unsere Kinder und Enkeln die Ketten anzulegen, die uns jetzt festhalten.

Verlauf der deutschen Schiffe.

London, 9. Februar. Es wird bekannt gemacht, daß von den 300 Schiffen, die dem französischen Feinde gehörten, aber auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages England zugewiesen wurden, jetzt 151 verloren worden seien. Unter den verlorenen Schiffen befinden sich Passagierschiffe von insgesamt 168 497 Bruttotonnen und Frachtschiffe von insgesamt 755 581 Bruttotonnen. Die noch unverlorenen Schiffe bestehen aus 332 664 Tonnen Passagierschiffen und 715 132 Bruttotonnen Frachtschiffen.

Der Kurs fällt.

Woher kommt es — so wird im leichten Heft der "Globe" gefragt — daß, trotz des gewaltigen Sieges Frankreichs und trotzdem alle Welt weiß, daß Frankreich aus Deutschland auf alle Fälle gewaltige Kapitalsummen bezahlt bekommen wird, der Kurs des französischen Franc gerade seit dem Bekanntwerden der Verfaßter Friedensbedingungen rapid heruntergegangen ist, und daß er jetzt nicht einmal die Hälfte seines nominalen Wertes beträgt? Weil die Bedingungen des Verfaßter Friedensvertrages den ganz bestimmten Eindruck hervorgerufen haben, daß man Deutschland dadurch zugrunde richten will. Wenn der Gläubiger seinen Schuldner selbst zum Bankrott treibt, wer wird den Wechsel dieses Schuldners komplizieren? Wenn Frankreich Deutschland unmögliche Forderungen auferlegt, dann sagt man eben Frankreich: "Behaltet eure deutschen Schuldcheine selbst". Was muß eine Umrechnung der Forderungen in Gold, wenn die wirklichen Summen doch in Banknoten gezahlt werden? Alle Welt weiß es und trägt dem Rechnung. Nur im Frankreich will man es nicht sehen. Man zieht Deutschland zu Grunde und ruiniert Frankreich. Wie sollen sich Handel und Industrie entwickeln, wenn man durch die 12 Proz. Ausfuhrabgabe seine Waren in allen Ländern um 12 Proz. verteuert? Wie sollen wir und dann noch auf dem Weltmarkt halten, wenn wir unsere Rohstoffe teurer bezahlen und einen Buschlag auf unsere Fabrikate erheben sollen? Zur Befriedung der Weltindustrie ist eine starke Reduktion der umlaufenden Geldmassen notwendig und nicht eine Vermehrung. Frankreich will aber weitere 3000 Milliarden Mark auf den Markt bringen. So viel bedingt die verlangte Entschädigung nach dem gegenwärtigen Kurse. Der Kurs sinkt aber bereits und wird noch mehr sinken. Dann können es 10 000 oder gar 20 000 Milliarden werden, oder was weiß ich wieviel. Österreich hat es ja bereits gezeigt, wie tief die Kurse sinken können.

Kontrolle der italienischen Industrien durch die Arbeiter.

Rom, 8. Februar. Die Regierung hat dem Bureau der Kammer einen Gesetzentwurf über die Kontrolle der Industrien durch die Arbeiter eingereicht. Der Entwurf erläutert die Zwecke der Kontrolle und zählt die Aktionen der Industrien auf, in denen die Arbeiterkontrolle eingerichtet werden kann, wobei die Staatsbetriebe und die neuen An-

Sachliche Auflösung.

Paris, 9. Februar. Havaas meldet: Der Vertrag der Schweiz, dem internationalen Truppenaufgebot für Südtirol den Durchzug nicht gestattet; hat die leitenden Kreise des Völkerbundes empfindlich überrascht. Der Völkerbundrat wird erst am 21. Februar zusammentreten. Es ist daher wahrscheinlich, daß das Generalsekretariat im Namen des Rates Widerspruch erheben wird.

Eine allrussische Konstituante.

DA. Kopenhagen, 9. Februar. Aus Moskau wird gemeldet, daß der Vorsitzende des Obersten Wirtschaftsrates, Rykov, und der Volkskommissar für kulturelle Angelegenheiten, Lunitschtschikow, den Sowjets einen Vorschlag auf Einberufung einer allrussischen konstituierenden Versammlung unterbreitet haben.

Die Londoner Konferenz.

Berlin, 9. Februar. Bei der deutschen Regierung ist eine besondere Einladung der englischen Regierung zur Londoner Konferenz eingegangen. Die Einladung wird zusammen mit der deutschen Antwort baldigst veröffentlicht werden.

Paris, 9. Februar. Für die Londoner Konferenz hat nach einer Blättermeldung der armee-mäßigen Nationalrat einen Delegierten ernannt.

Einfuhr deutscher Farben in Palästina.

DA. Berlin, 8. Februar. Das Departement für Handel und Industrie der palästinensischen Regierung hat das bisher bestehende Einfuhrverbot für deutsche Anilinfarben soeben aufgehoben.

Europatrin †.

Paris, 9. Februar. Nach einer Meldung des "Matin" aus London meldet ein Funkspur aus Moskau den Tod Europatris.

20 Millionen falsche polnische Tausendmarkcheine.

Frankfurt, 9. Februar. Die Frankfurter Kriminalpolizei entdeckte gemeinsam mit der Wiesbadener und Kölnner Polizei in Wiesbaden eine Fabrik, in der falsche polnische Tausendmarkcheine hergestellt wurden. In der Werkstatt wurden noch für 20 Mill. R. dieser Falschcheine vorhanden. In der Angelegenheit wurden bereits zwölf Personen aus Berlin, Frankfurt, Wiesbaden, Mainz und Ingolstadt verhaftet.

Die Neuwahlen in Südafrika.

London, 9. Februar. Nach den letzten aus Kapstadt eingetroffenen Berichten über die Neuwahlen in Südafrika haben bisher die afrikanische Partei 14, die Arbeiterpartei 2 und die Nationalisten 3 Sitze gewonnen. Daraus geht hervor, daß General Smuts sich bisher 40 Sitze gesichert hat, was ein gutes Ergebnis für ihn bedeutet.

Matrosenmeuterung in Kronstadt.

Helsingfors, 9. Februar. Ende Januar meuterte ein großer Teil der Matrosen in Kronstadt. Nach russischen Blättermeldungen wurde der ganze Hafen von den Matrosen besetzt und der Oberkommandeur der Flotte verhaftet. Zur Unterdrückung des Aufstandes wurden Truppen aus Moskau abgesandt, die in schwere Kämpfe mit den Rebellen verwickelt wurden. Da die mutenden Matrosen auch nach Petersburg kamen, wurde der Belagerungszustand über die Stadt verhängt.

Die deutschen Kabel.

London, 9. Februar. Die "Morning Post" aus Washington meldet, daß Hochstapler Davis im Namen des Auswärtigen Amtes die Boten Anglands, Frankreichs, Italiens und Japans eingeladen, die Woche die Verhandlungen über die deutschen Kabel wieder aufzunehmen und zu versuchen, zu einer vorläufigen Einigung zu gelangen. Amerika hat zu verstehen gegeben, daß das amerikanische Ende des deutschen Kabels, das sich heute in französischen Händen befindet, durchschnitten werden wird, wenn keine Einigung erzielt werden wird.

Zur Einladung nach London.

London, 8. Februar. Neuer meldet aus Berlin: In den britischen und französischen Kreisen werde die Ansicht Deutschland auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz für Frieden eingehen. Der Ton der deutschen Rote sei verhältnisvoller, als ursprünglich erwartet worden sei, und dies werde dahin ausgelegt, daß Dr. Simons sich in seiner Haltung von einschlägigen Erwägungen habe leiten lassen.

Amerikanische Warnung an Deutschland.

Haag, 9. Februar. Der Londoner drahllose Dienst verbreitete eine Warnung der "New York Times" an Deutschland, daß Deutschland seine hikischen Fehler von 1914 nicht wiederholen sollte, indem es Amerika ebenfalls falsch beurteile. Die amerikanische Nation würde in dieser Angelegenheit einstimmig. Die Empfindungen und Zwecke des Krieges seien nicht auf einmal verschwunden. Kein vernünftiger Amerikaner hege den nachdrängenden Wunsch, daß Deutschland auseinanderbrechen und zur Sklaverei gebracht werde. Über man sei in den Vereinigten Staaten fest überzeugt, daß Deutschland bis zu der Grenze des Möglichen geben müsse, um die entschuldigenden Verstärkungen wieder gutzumachen, die es angerichtet habe. "New York Times" zweifelt nicht, daß Harding diese Meinung teile. Falls Deutschland sich in dieser Angelegenheit einer solchen Auffassung hingibt, steht es vor einem peinlichen Erwachen.

Dr. Walter Rathenau zum Reparationsplan.

Berlin, 9. Februar. Im "Berliner Tageblatt" schreibt Walter Rathenau zum Pariser Reparationsplan unter anderem: Alles, was wir zahlen, sind Güter. Güter sind Arbeit. Die Arbeitsleistung eines Volkes ist begrenzt; sie wird bei gegebener Kraft gemessen in Zeit. Diese Zeit nennt man Arbeitsstunde. 15 Millionen landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter sind uns geblieben. Das Jahr hat 300 Arbeitsstage. Der Arbeitsstag hat nach internationaler Vereinbarung acht Stunden. Das gibt für 15 Millionen Arbeiter insgesamt 36 Milliarden Arbeitsstunden. Nach dem heutigen Stande der Technik kann man mit einer reinen Werkschöpfung von einer halben Goldmark in einer Arbeitsstunde rechnen. Das bedeutet eine Schamverzerrung des Landes von 18 Milliarden. Vor dem Kriege verbrauchte das deutsche Volk für seine Lebensfahrung im Wert von etwa 24 Milliarden. Von den 18 Milliarden Werten, die wir heute erzielen, müssen wir 6 Milliarden hergeben zur Bezahlung der Einfahrt lebenswichtiger Fahrzeugmittel und Rohstoffe. Es bleiben somit für unseren Verbrauch 12 Milliarden, die sich aber durch Füllung der Kriegsentschädigung automatisch bis um 6 Milliarden verringern sollen. Es wird also von uns verlangt, entweder, daß wir unseren Verbrauch auf den vierten Teil des Friedensbedarfs einzuschränken, oder daß wir unsere Arbeitszeit ohne Verbrauchsverhinderung um 6 Stunden auf 14 Stunden leicht verlängern. Wissen die Arbeiterschaften der Ententestaaten, was ihre Staatsmänner in ihren Namen von der deutschen Arbeiterschaft fordern? Weiß es Amerika? Wissen es die neutralen Staaten, daß man von Deutschland die Kronarbeit des 14-stündigen Arbeitstages verlangt? Wenn man, welche wirtschaftliche Wirkung diese 14-stündige Geschwindigkeit eines 60 Millionenvolkes außerhalb Menschenmutter lang hervorruft?

Freigabe deutschen Eigentums in Italien.

Rom, 8. Februar. Das Amministrazione veröffentlicht das Reglement betreffend das Dekret vom 7. November 1920 über die Freigabe deutschen Eigentums in Italien.

Zahl der Abstimmungsberechtigten in Oberschlesien.

DA, Gleiwitz, 8. Februar. Wie die Gleiwitzer "Volksstimme" von zuverlässiger Seite hört, wird die Zahl der Abstimmungsberechtigten in Oberschlesien und aus dem Reich, die bisher in die Listen eingetragen sind, auf 1150000 angegeben. Die Summe ist jedoch auf Grund genauer Zählungen. Es ist anzunehmen, daß die Zahl der auf 1200000 bis 1250000 Abstimmungsberechtigte anwanden wird. Von den bis jetzt eingetragenen Personen stehen rund 900000 in der Klasse A, rund 200000 in der Klasse B und rund 60000 in der Klasse C. Die Wähler der Klasse B und C können in ihrer überwiegenden Mehrheit als Wähler für Deutschland angesprochen werden. Da nach vorliegenden Einschätzungen von gründlichen Kenntnissen des Landes auch von den 900000 Stimmen der Klasse A mindestens die Hälfte für Deutschland stimmen wird, so hat man einige Anhaltspunkte für die Einschätzung des vorläufigen Wahlergebnisses. In der Stadt Gleiwitz beträgt die Zahl der Abstimmungsberechtigten etwa 40000, davon der überwiegende Teil deutsch stimmen wird.

Drohende Spaltung in Bayern.

Nürnberg, 8. Februar. Die sozialistische Partei Frankens veröffentlicht einen Aufruf an die nordbayrische Bevölkerung, in dem es u. a. heißt: Die Interessen Nordbayerns liegen nicht bei den Separatisten, sondern in der Einheit des Deutschen Reiches. Die westliche Bevölkerung Nordbayerns hält eine Berücksichtigungspolitik für verhängnisvoll und katastrophal. Kommt die Regierung in München nicht in letzter Stunde zur Besinnung, läßt sie es auf den Bruch mit dem Reiche ankommen, dann wird die arbeitende Bevölkerung von Nordbayern, ebenso wie die Bevölkerung von Württemberg und Baden, das Tischtuch mit München geschütteln und sich auf die Seite des Reiches stellen.

Die bayerischen Unabhängigen und Ministerpräsident v. Kahr.

München, 8. Februar. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat im Landtag über die Stellungnahme des Ministerpräsidenten v. Kahr eine Interpellation eingebracht, in der vom Ministerpräsidenten Anschluß über die Stellung verlangt wird, die er am 5. Februar in Berlin eingenommen habe. Die Interpellation wird damit begründet, daß ein Widerspruch zwischen den offiziellen Redenungen der Berliner und Münchener Regierung besteht. Der Ton der politischen Lage erforderte Klarheit über diesen Widerspruch und eine Gelegenheit für den bayerischen Landtag zur Stellungnahme.

Drohender Ausstand der städtischen Arbeiter-Berliner.

Berlin, 9. Februar. Zur Tarifbewegung der Berliner städtischen Arbeiter wird berichtet, daß die freien gewerkschaftlich organisierten Fun-

sionen der städtischen Arbeitnehmer eine Versammlung abhielten, um das Ergebnis der bisherigen Tarifverhandlungen mit dem Magistrat entgegenzunehmen. Das Angebot des Magistrats wurde als zu gering bezüglich. Doch zieht die Mehrzahl der Arbeitnehmer von einem sofortigen Ausstand ab, da man für diesen die Sympathie der Bevölkerung braucht und deshalb erst alle Verhandlungsmittel erschöpft müsse. Es wurde beschlossen, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es ist anzunehmen, daß die Zahl der auf 1200000 bis 1250000 Abstimmungsberechtigte anwanden wird. Von den bis jetzt eingetragenen Personen stehen rund 900000 in der Klasse A, rund 200000 in der Klasse B und rund 60000 in der Klasse C. Die Wähler der Klasse B und C können in ihrer überwiegenden Mehrheit als Wähler für Deutschland angesprochen werden. Da nach vorliegenden Einschätzungen von gründlichen Kenntnissen des Landes auch von den 900000 Stimmen der Klasse A mindestens die Hälfte für Deutschland stimmen wird, so hat man einige Anhaltspunkte für die Einschätzung des vorläufigen Wahlergebnisses. In der Stadt Gleiwitz beträgt die Zahl der Abstimmungsberechtigten etwa 40000, davon der überwiegende Teil deutsch stimmen wird.

Warnung an die Mansfelder Bergarbeiter.

Eisleben, 8. Februar. Der Vorstand des Mansfelder Gewerkschaftsrates der Sozialdemokratischen Partei (S. P. D.) und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (U. S. P. D.), Unterbezirk Mansfeld, erläutert aus Anlaß der Wissensaktionen der letzten Tage im Mansfelder Bergbau einen Aufruf an die Arbeitnehmer, in dem es heißt: Es ist u. a. bereits mit zufriedenstellender Verbesserung von Rotsandarbeit gekommen. Sollten derartige Drohungen in die Tat umgesetzt werden, so würde, und das muß jeder vernünftige Bergmann auch einsehen, unabschöner, wie wieder gutzumachender Schaden und riesiges Elend über die Mansfelder Rinde gebracht werden. Denn auch nur bei vorübergehendem Stillstand der Pumpen würden die Schächte erlahmen und auf Jahre hinaus wäre jede Arbeit und Erwerbsmöglichkeit im Mansfelder Bergbau unmöglich. Gleichzeitig wäre die Verpflegung der Bevölkerung mit Fleisch und Brot in Frage gestellt. Nur Unverantwortliche können sich über die vorstehend aufgeführten Maßnahmen leichtfertig hinweglegen.

Erregung im Danziger Volkstag.

Danzig, 8. Februar. Die erregten Auseinandersetzungen, die am letzten Donnerstag zur Sprengung der Plenarsitzung des Danziger Volkstags geführt haben, wurden in der heutigen Volkssitzung fortgesetzt. Es handelt wieder die Frage zur Rücktrittserklärung, ob das vom Danziger Parlament in Benutzung genommene Generalkommando dem Oberkommissar General Halder zu Wohnungswesen überlassen werden und das Danziger Parlament in ein anderes Haus einzichten sollte. Da es in der letzten Sitzung beinahe zu Kämpfen gegen den Senator Schümmer gekommen war, batte der Senat erklären lassen, erst dann wieder Mitglieder der Regierung zu den Volksversammlungen des Parlaments einzuladen zu wollen, wenn deren persönliche Sicherheit gewährleistet werde. Die Linke des Hauses protestierte gegen dieses Verhalten der Regierung und forderte durch Anträge das sofortige Erscheinen von Regierungsvoritzern. Da die Anträge von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurden, verliehen die Mehrheitsgruppen, die Unabhängigen, die Kommunisten und die Polen demonstrativ Rumpfparlament bestimmt, sodann die Räumung des Generalkommandos, um es dem General Halder zur Verfügung zu stellen. Am vorletzten Tag der Sitzung wurde Sch. Rat Dr. Gottmann (Berlin) zum Senator der Hindenburg-

für die Freie Stadt Danzig von den litauischen Parteien, unter Abwesenheit der Linken, einstimmig gewählt.

Kommunistische Organisation in Nordostpolen.

Satorow, 8. Februar. Die litauische Polizei hat eine umfangreiche kommunistische Organisation in Nordostpolen aufgedeckt. Es wurden eine Menge Bewaffnete, Gewehre und Literatur aufgefunden. Viele Agitatoren wurden verhaftet.

Die Pariser Beschlüsse und die französische Kammer.

Paris, 8. Februar. In der heutigen Kammerwahl wurde zu Beginn ein Scheitern vor der Schließung von Grabstätten für die im Kriege gefallenen Deutschen angenommen. Bei Fortsetzung der Debatte über das Pariser Abkommen erklärte de Marguenat, er bezweifle, daß Deutschland bezahlen wolle. Man müsse die Ruhr befreien und das Rheinland der preußischen Herrschaft entziehen. Abg. Moq. plauderte, daß das Abkommen von Paris vorzüglich für die Deutschen sei, als der Friedensvertrag von Versailles. Die vorgenommenen Baumungsmaßnahmen seien dem Soldaten nicht mitgeteilt worden. Ministerpräsident Briand erklärte, die Sanctionen seien Angelegenheiten der Verbündeten. Wir erkennen den Deutschen nicht, darüber bemühten sie sich. Moq. spricht jedoch von der Ausnutzung der interalliierten Kriegsschulden. Jetzt habe Frankreich ohne Begegnung von seiner Seite einen Nachschlag gewährt. Es entspannt sich zwischen dem Abg. Moq. und dem Ministerpräsidenten eine heftige Auseinandersetzung, bei der Moq. bestreitet, daß es nicht möglich sei, daß die französische Kammertürne die neuen Steuerabgaben präse, bevor nicht das deutsche Budget umgestaltet werde. Die deutschen Steuerzahler zahlen nur 15 Proz., die französischen aber 30 Proz. Die Kammertürne könnte heute nicht abstimmen, bevor sie nicht klare Aufführungen habe über die Mobilisierung der französischen Truppen, und besonders über die Regelung der bisherigen Schulden, über die Aufrechterhaltung der territorialen Sicherheit und über die Finanzpolitik. Minister Boucicaut erklärte abschließend des näheren, daß im Friedensvertrag alles auf der Reparationskommission abhänge und vergleicht die absoluten Höhen des Vertrages mit dem Abkommen von Paris. Er macht große Reserven hinsichtlich der in der Öffentlichkeit bis jetzt aufgestellten Berechnungen. Zum Schluß entsteht noch eine kurze Auseinandersetzung zwischen Moq. und Tardieu einerseits und Boucicaut andererseits über das Verlangen Tardiefs, daß an Lloyd George gewisse Fragen hinsichtlich der Regelung der Schulden auf Mittwoch vertragt.

Eine Wahlrede Lloyd Georges.

London, 8. Februar. Große Interesse wird der Eröffnungsrede von Gladwynne zugeschenkt, wo ein Wacker unabhängiger Liberaler von dem örtlichen liberalen Verein an Stelle des Koalitionsliberalen und Sekretärs Lloyd Georges als Kandidat aufgewählt wurde. Lloyd George hielt heute eine Ansprache an die Waliser Koalitionsliberalen in London, in der er die gefährliche und unruhige Lage betonte. Er würde möglichen zurücktreten, wenn er denken würde, daß die Gefahr vorüber sei. Lloyd George griff die unabhängigen Liberalen heftig an, welche diejenigen verhöhnen und bemängeln, die ihr Bestes täten, und sagte: Ich stehe einer ungeheuren Aufgabe gegenüber und

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 9. Februar.

Alberttheater. (Emil Pohls "Der Jongleur.") Die Posse "Der Jongleur" ist in Dresden zugleich im Jahre 1913 auf der Bühne des Alberttheaters und damaligen Königl. Schauspielhauses aufgeführt worden, und zwar als Wohltätigkeitsvorstellung zum Besten der Witwen und Waisen des Vereins Deutscher Presse und der dazugehörigen Mitglieder der Königl. Hoftheater. Die damalige Aufführung gestaltete sich zu einem Triumph des in Dresden ungewöhnlichen Hamm. Fischer, der durch die großartige Verkörperung der Rolle des Schneiders-Pochois Kleemann und durch seine geschickte Überarbeitung der etwas verhaschten Berliner Posse zu ihrem Erfolg am meisten beitrug. Die gestrige Aufführung des harmlosen, lustigen Stückes konnte sich neben den erwähnten Musteraufführung lehnen lassen. Auf der Bühne und im Schauspielraum trug eine aufgelöste Hochzeitsschwingung dazu bei, die Wirkung der Posse zu erhöhen. Was Reich als Spielerin hatte für eine rasche Abwicklung der Ereignisse und für nette Bühnenbilder gehörte. Träger des Erfolges war in erster Linie Hans Eggerich, der in der Rolle des Thomas West einen liebenswürdigen Bruder bildete auf die Bühne stellte. Hermann Bräuer erreichte zwar nicht seinen Vorgänger Hamm's Erfolg, aber er schmückte seine Rolle doch durch seine unverfälschte sächsische Sprache und komische Einzelzüge so aus, daß die Bühnerechte auf ihre Kosten kam. Deutlich wirkte die für das Alberttheater unerhörliche Meta Bünger, in der Rolle der Bierkastenherrin Adolphine Holperkone. Nicht weit machen sich auch Margaret Meier-Wolters als Berliner Küchenmagd und Arno Großmann als bargebliebene verliebte Student. Die an den jüngsten Spielen des dritten Bildes beteiligten Künstler leisteten an voller Komik Erhebliches. Auch dieses Mal hatte man durch Ein-

festigung zeitgemäßer Scherze und Gesänge der Posse einen modernen Anstrich gegeben. Ihr Glanz, für einige Stunden die Bühne zu erhellen, wurde durch die gestrige Aufführung voll erreicht.

Wissenschaft und Technik. Zum Rektor der Technischen Hochschule zu Dresden ist für das am 1. März 1921 beginnende Rektorat der Professor für Physik Geh. Hofrat Dr. Wilhelm Hallwachs gewählt worden. Der aus Darmstadt gebürtige Physiker, Schüler von Kundt und Helmholz, habilitierte sich 1886 in Leipzig, wo er eine Assistentenstelle bei Wiedemann bekleidete, war 1888—1893 Privatdozent und Assistent bei Kohlrausch in Straßburg, lehrte einen Hof nach Norden ab und führte 1893 als Ordinarius für Elektrotechnik an die Technische Hochschule zu Dresden über. Eine Berufung nach Gießen (1899) lehnte er ab, übernahm dagegen 1900 den Lehrstuhl des Physik an der Dresdner Hochschule. Seine wissenschaftlichen Arbeiten erstreckten sich vor allem auf die lichtelektrischen Erscheinungen. Er entdeckte 1888 die lichtelektrische Entladung und die lichtelektrische Erscheinung, die sogenannte "Hallwachse". Von seinen bedeutenden Entdeckungen sei nur noch erwähnt die Konstitution eines aperiodischen, nachwirkenden und magnetischen Quadrantenstrometers, eines Potentiometerstiftes für Messungen und seine Methode zur Bestimmung der Lichtgeschwindigkeit in verdunnter Lösungen.

— Der Geh. Prof. Dr. med. et mod. et phil. Wilhelm Ellenberger, Direktor des physiologischen Instituts, ist vom 1. Mai d. J. ab anderweitig auf drei Jahre zum Rektor der Tierärztlichen Hochschule zu Dresden unter der Voraussetzung ernannt worden, daß die Hochschule noch so lange als solche bestehen bleibt. Prof. Ellenberger, der bereits wiederholt das Rektorat der Dresdner Hochschule bekleidet hat, hat sich große Verdienste um den Bau der tierärztlichen Fakultät gestellt eine Versammlung abhielten, um das Ergebnis der bisherigen Tarifverhandlungen mit dem Magistrat entgegenzunehmen. Das Angebot des Magistrats wurde als zu gering bezüglich. Doch zieht die Mehrzahl der Arbeitnehmer von einem sofortigen Ausstand ab, da man für diesen die Sympathie der Bevölkerung braucht und deshalb erst alle Verhandlungsmittel erschöpft müsse. Es wurde beschlossen, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstandes erfolgen, sowie über den etwaigen Eintritt in den Auslandseinsatz. Es wurde bestimmt, zu versuchen, daß der Schlachtausschuß Großberlin binnen 48 Stunden zusammentritt und einen Schiedsspruch für die Arbeitnehmer und Angestellten falle. Außerdem soll eine Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Ausstand

habe Wichtigeres zu tun, als mich und meine Regierung zu vertheidigen. Zu Beginn auf Deutschland erklärte der Ministerpräsident, Deutschland werde hierherkommen und eine Antwort auf die Frage geben, ob es die Reparation bis zum Ende seiner Zuständigkeitszeit leisten werde. Nur eine englische Regierung, die erklären würde, nein, wir sind dagegen, das Deutschland gezwungen werden, zu zahlen, würde sich in Gegenwart zu der augenblicklichen Regierung stellen.

Die Größnung der italienisch-russischen Beziehungen.

Rom, 8. Februar. DA. Rom, 8. Februar
Graf Scioja hat der parlamentarischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt, daß die italienische Regierung im Hinblick auf die Größnung von Beziehungen bezüglich der Wiederaufnahme des Handels zwischen Italien und Italien der Genehmigung eines offiziellen Vertreters der Sovjetregierung in der Person des Gen. Novikow ihre Zustimmung erteilt habe.

Eine neue griechische Offensive in Kleinasien.

Rom, 8. Februar. Nach Meldungen aus Smyrna wird von griechischer Seite in Kleinasien eine neue Offensive mit über 20.000 Mann vorbereitet. Die Türken machen große Anstrengungen, um der griechischen Armee Widerstand leisten zu können. Nachrichten aus dem sogenannten Lager folge berichtigen die Türken, wenn die griechischen Truppen bei der bevorstehenden Offensive Erfolge erzielen sollten, sich ins Innere zurückzuziehen und weiteren Widerstand vorzubereiten.

Keine Umbildung des Ministeriums.

Madrid, 8. Februar. "Epoca" erläutert alle Gerüchte über eine Umbildung des Ministeriums. Das ist falsch.

Berhaftung spanischer Gewerkschafter.
Bilbao, 8. Februar. Hier wurden 14 Gewerkschafter, unter denen sich die beiden Mötter des Direktors der Hochöfen von Bilbao befinden, gestern verhaftet.

Die Entwicklung Amerikas zur See.

K. P. Washington, 8. Februar
Der zum Kommandierenden der amerikanischen Seestreitkräfte in den europäischen Gewässern ernannte bisherige Marineminister in London Viceadmiral Ribak hält auf einem Abschiedsessen eine Rede über die amerikanischen Ziele zur See. Ein englisch-amerikanischer Wettkampf auf fremden Märkten sei unvermeidlich, und die Zukunft der beiderseitigen Beziehungen beruhe auf dem Geiste, in dem beide ihn führen. Mit dem Ocean auf zwei Seiten und einer wachsenden Bevölkerung seien die Vereinigten Staaten auf die See angewiesen und sie hätten sich entschlossen, ihren Platz als Seemacht einzunehmen. Nach seiner Ansicht liege in der Entwicklung Amerikas zur See die beste Gewähr für die Freiheit der Meere, die Rechte der kleinen Völker und das Gleichgewicht der Mächte in der Welt, und es sei nur natürlich, daß Amerika neben England und anderen Ländern seinen Teil am Seeverkehr habe.

Die Umgestaltung der Finanzlage Mexikos.

New York, 8. Februar. Der mexikanische

Geschäftsführer verhandelte mit dem Bankier Speyer, der nach einem Besuch Mexikos eine Erklärung veröffentlicht hatte, in der er versprochen, mit der augenblicklichen mexikanischen Regierung zusammenzuarbeiten, um die finanzielle Lage Mexikos aufzugultern. Mexiko sei seinen finanziellen Verpflichtungen seit jedes Jahres nicht nachgekommen und habe keine Biene bezahlt.

Das allgemeine Wahlrecht in Japan abgelehnt.

DA. Tokio, 8. Februar
Das japanische Parlament hat mit 269 gegen 137 Stimmen den von der Oppositionspartei eingebrochenen Gesetzentwurf über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts abgelehnt.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 9. Februar.

* Das Stadtverordnetenkollegium wird sich in seiner zweiten Sitzung u. a. mit Verstärkung der Feste für die Bewegung der durch den Krieg wirtschaftlich geschädigten Privatunternehmer bei der Vergabe von städtischen Arbeiten und Lieferungen um ein weiteres Jahr beschäftigen. Ferner steht noch auf der Tagesordnung die Erhöhung des Wasserpriesters um 1 M. für den Kubikmeter ab 1. Januar 1921, die Belebung von 75.000 M. für einen Garantiefonds für die Bezahlung einer Dresdner Musikwoche Ostern 1921, der Auftrag des Schriftführers Kühn und Gen. zur Vorbereitung einer Vorlage über die unentbehrliche Bewährung der Vermittler an die Kinder der Volksschulen, ein Antrag Böhnenberg und Gen. auf Erlass eines Ortsgerichts, welches das Offenhalten der Schausäfte und geschäftliche Auslagen an den Sonn- und Festtagen gestattet usw.

— Der im Bebauungsplan der Vorstadt Zöblitz für das von zwei Döbeln, Döbeln, Altmühl-, Grund-, Habiburgstraße und Weißeritz begrenzte Stadtbereich festgestellte neue Flächlinienplan, der insbesondere die Verbreiterung der Straße I und die Flächlinien der verlegten Tharandter Straße festlegt, ist vom Ministerium des Innern genehmigt worden.

* Das Stadtsteueramt macht bekannt, daß die vierte Stufe der vorläufigen Reichslandumrechnung auf das Steuergesetz 1920 bis 15. Februar 1921 zu beobachten ist. Eine besondere schriftliche Mahnung findet bei dieser Steuer nicht statt. Die Einzahlung kann durch Überweisung im Postamt oder auf das Konto 5434 beim Postbeamten Dresden unter Angabe der Steuerbezirks- und Heberollennummer, sowie der Steuerbezeichnung erfolgen. Am 15. Februar 1921 kann die Steuer vormittags 1/2 bis nachmittags 1 Uhr von den Bewohnern der Vorstadt Röhrig, Wolfsh., Reit., Röd., Tachenberge und des nördlichen Teiles von Pieschen an den wiederholten Sammelstellen bezahlt werden.

* Die dem Wohnungsbau vom Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — erteilte Ermächtigung, für die Zeit vom 1. Januar bis 15. Februar 1921 die auf Privatrechtbasis bestehende zwangsläufige Räumung von Wohnungen nicht zur Durchführung kommen zu lassen, wenn den betreffenden Wohnungsinhabern eine Wohnung nicht zugewiesen werden kann, hat mehrfach zur Folge gehabt, daß die Vermieter ohne weiteres bis zum 15. Februar von Zwangsmassnahmen absiehen. Da diese für die Zeit nach Ablauf der Schufest zu erwarten sind, wird sich die Ro-

wenbigkeit ergeben, eine Anzahl mietungsfreier Wohneinheiten gleichzeitig beschleunigt unterzubringen. Um dies zu ermöglichen, werden die Mieter, gegen die privatrechtliche vollbindende Mietungsschuldscheide (Urtasse, Bergliche) vorliegen, oder bis zum 15. Februar 1921 zu erwarten sind, aufgefordert, sich umgehend bei der Mietungsabteilung des städtischen Wohnungsbauamtes, Ferdinandstraße 12, hinterhaus, 3. Gesch., Zimmer Nr. 24, zu melden.

* In der Reihe der Berufseröffnungs-Werbe des Staatsgymnasiums zu Dresden-Neustadt sprach für die Martin-Kauenburg, Professor der Deutschen Kunst, Bildhauer Dresden, über den "Beruf des Bankbeamten". In der Hauptrede behandelte er die Frage der Ausbildungsmöglichkeiten, der Arbeits- und der Beschäftigungsmöglichkeiten sowie das Gehaltswesen unter Annahme, daß der jüngste für das Bankgewerbe günstigste Zeitpunkt ist. Eltern und Schüler war es unter anderem wichtig, zu erfahren, daß auch heute noch ein empfindlicher Mangel an qualifizierten Bankbeamten besteht, daß aber die bei den Banken vorgeschriebenen durch den Kurs in ihrer Anzahl beschränkten Beschäftigungsmöglichkeiten infolge starken Anstiegs für dieses Öffner bereits beendet sein würden. Weitere Vorträge: Dienstag, 15. Februar, über den "Beruf des Tierarztes"; Prof. an der Tierärztlichen Hochschule, Med.-Dok. Dr. Richter, und am 12. April über den "Beruf des Schauspielers"; Direktor Wölfi.

* Die Ortsgruppe Dresden des Centralverbands der Arbeitsinvaliden Deutschlands veranstaltete eine Protestversammlung im Volkssaal, die sich mit der ungerechten sozialen Gesetzgebung und ungerechten Verteilung der sozialen Ausuhrausbüro beschäftigte. Nach einem Bericht des Verbandsvorsitzenden Kriebel wurde eine Entschließung angenommen, die an die Reichsregierung, das sächsische Ministerium des Innern und den Rat zu Dresden gerichtet werden soll. Die Versammlung fordert darin u. a. den baldigen Umbau des Reichsversicherungsordens, die Umgestaltung des Armenpflegs in eine "soziale Reichsfürsorge" und die völlige wirtschaftliche Sicherstellung aller Arbeits- und Invaliden und deren Hinterbliebenen. — Weiter summte die Versammlung noch den nachstehenden Antrag an Rat und Stadtratsordnete zu: Da auch das Fürsorgeamt zu Dresden die Bedürfnisse der Arbeitsinvaliden in Anrechnung gebracht hat, protestieren die Versammelten nachdrücklich gegen dieses Verfahren. Sie verlangen, daß schnellstmöglich aus den Reihen der Rentenempfänger Vertreter in die Arbeitsbeschafften des Fürsorgeamtes gewählt werden. Zum Schlus erhob die Versammlung noch Einspruch gegen die Reichsregierung, nach welcher die Arbeitnehmer keine Beiträge zu den Verlustgenossenschaften beglichen hätten.

* Der Leiter des Sabelsbergerischen Kurztheatervereins zu Dresden, e. V., dem 36 Vereine in Dresden und Umgebung angehören, veranstaltete am Sonnabend, den 12. Februar, 1/2 Uhr, im Livo-Saal eine Feier von Sabelsberger Geburtstag, zugleich in Erinnerung an die vor 20 Jahren erfolgte Gründung des Vereins. Die Feierstunde hält der Vorsteher Prof. Dr. Lampre vom Stenographischen Verein. Mitwirkende sind die Sängerknaben des Konstanzer Stenographenvereins und Baron Carlo v. der Ropp. Nach den künstlerischen Vorträgen findet Ball statt.

* Die Deutsche Demokratische Partei hatte für Sonntag, abend ihre Mitglieder und Freunde zu einem geselligen Abend in den Saal des Handelsbundes geladen. Die Veranstaltung hatte sich eines regen Besuches zu erfreuen und wurde

mit dem Bilderrahmen in A-der von Mozart eröffnet, das die Herren Rosler, Wehlhöfer, Köhler und Käsel (Streichquartett der Dresdner Oper) auszeichneten vortrugen. Darauf schlossen sich deklamatorische Vorträge der witzvollen Sprecher und Vortragssolistin Frau Th. Edeltraud Bechtold von Nordenau. Prof. Dr. Bechtold erfreute die Zuschauer durch eine ungemein witzige, von Anspielungen auf die aktuelle Politik durchsetzte Begegnungsrede, und Prof. Dr. Brandes füllte sie an des Hand von interessanten Film aufnahmen durch den Dresdner Zoo im Frieden. Ein bunter Teil befehlte den in jeder Beziehung gelungenen Abend.

* Die Dresdner Kaufmannschaft hält am Dienstag, den 15. Februar, abends 1/2 Uhr in ihrem großen Saale einen Säckelüberwurf ab, in dem Prof. Dr. phil. Mandolle über Danzig predigen wird.

* Der Evangelische Bund veranstaltet zum Geben seiner Krankenpflege, die infolge der ungeheuren Teuerung einer tiefschreitenden Unterhaltung bedarf, Dienstag, den 15. Februar, nachmittags 1/2 Uhr im Dresdner Konzerthaus, Meißnerstraße 37, eine künstlerische Aufführung unter Leitung von Hel. Lotte Kreisler und unter Mitwirkung einer künstlerischen Kräfte. Eintrittspreise im Preise von 10 M. bis heraus zu 3,25 M. (mit Steuer) sind zu entnehmen im Kino, Prober Straße, bei Herrn Kaufmann Schmidt, Trompetenstraße 6, I., und im Schweizerheim des Evangelischen Bundes, Struvestraße 29, Dresden.

* Das Oberhaupt wurde am Dienstag abend der Bauernhalle der Kunstsiedlung Althammer in sämtlichen Räumen des städtischen Ausstellungspalastes wiederholt. Diesmal hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich an den künstlerischen Dekorationen der Räume zu erfreuen, während das bekanntlich infolge der Überfülle der "Ausführung" nicht möglich war. Trotzdem war die Beteiligung auch bei der Wiederholung keinesfalls gering, sondern man sah Hunderte von Kleidern und originellen Kopftüchern und sehr bald brach sich eine echt karnevalistische Stimmung Bahn. Sie erreichte ihren Höhepunkt, als Prinz Cornelius mit zauberhaften Gesetzen erschien und eine humorvolle Ansprache an die Versammelten richtete. Außerdem erfreuten reizvolle Tanzvorführungen das Auge und das ganze Herz war von einer ausgezeichneten Stimmung getragen. Dabei vergaß man niemals den guten Zweck, sorgte für regen Abzug der Potterie und lockerte auch durch andere gelungene Veranstaltungen die Börsen. Ein nennenswertes Reinertrag brachte den Sohn der für das Fest aufgewandten Mühlen bilden.

* Zugunsten der oberpfälzischen Hilfwoche hatten im Hotel Bellevue-H. und Frau Dietrich Monnesfeld in den Sälen ihres Hauses am Dienstag abend einen Föhlungsball vorbereitet, der die Bezeichnung eines gesellschaftlichen Ereignisses in vollem Maße verdiente. Bei starker Beteiligung entwickelte sich hier ein farbenfrohes, vornehmes Bild. Nach Darbietungen eines Salons-Dreigestells sprach auch hier Dr. Alfred Pröhl die gehaltvolle Prologrede "Unserer Mutter Germania" von Georg Irrgang, womit die Gesetzmäßigkeit der Teilnehmer für den guten Zweck kräftig anregte. Sozusagen einer reichsgefeierten Lotterie, der geboten von jungen Damen der Gesellschaft, fanden zeitiges Abzug der Börsen und später erbrachte noch die Versteigerung zweitklassiger Kunstsgegenstände, die von Freunden des Hauses gestiftet waren, eine eindrucksvolle Summe für den guten Zweck. Dr. und Frau Dietrich Monnesfeld hatten sich um das

selbst, allerdings in verkleinertem Maßstab, an die große Leipziger Börse von 1914 erinnert, ja lehnten sich die Nachfrage nach Viehhändler- und Betriebsbibliotheken angenähert an das Vorbild der Ausstellung "Das deutsche Buch" an, die von der Deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel in Leipzig im Herbst 1920 in Frankfurt a. M. veranstaltet wurde. Diese Börse wird auch diesmal der deutsche Verlagsbuchhandel neben dem ausländischen zu Ehren bestehen. Für das junge, aufstrebende Numminalen aber, dessen kulturelle Bedeutung unter den heutigen Verhältnissen nicht zu gering eingeschätzt werden darf, da es sei nur natürlich, daß Amerika neben England und anderen Ländern seinen Teil am Seeverkehr habe.

Theater, Konzerte, Vorträge.

Höfe und Hora) und "Schön Rotraut"; den

Schlaf bildete ein prächtiges und, auch recht zeitgemäßes, unteren deutschen Rhein besungenes Konzertstück für gemischten Chor mit Klavier von Albert Dietrich. Die schwungvolle Komposition war übrigens noch recht geeignet, den Mußraum der Schola erneut zu verleben; was doch der Schöpfer einst auch Krugianer und Schüler Julius Ottos. Später gehörte er zu dem engeren Kreise der Freunde um Robert Schumann in Düsseldorf und Bonn. Die vorzüchlichen, die große Überschreitung der jungen Sängerknaben im besten Stile zeigenden Leistungen wurden mit fulminanter Wärme aufgenommen, und man freute sich doppelt der Erfolge, wenn man selbst einst mit Stolz die blauweigefarbene Bluse trug. Ihre Tücher werden noch den vorjährigen Erfolgen in Schweben ihre Kunst auch in Holland würdig zu vertreten wissen.

* Der von seiner Tätigkeit an der hiesigen Staatsoper her bekannte Tenor Erich Gimmler, der bisher am Städtischen Theater in Kiel als Tenorbuffo wirkte und jetzt dem Städtischen Theater in Dortmund verpflichtet ist, wurde nach erfolgreichem Gastspiel als Wonne ("Siegfried") für das Städtische Theater in Braunschweig verpflichtet. Die vorliegenden Kreisen rühmen samt und sonders sein von Übertreibungen freies Spiel, die vorzüchliche Tropfhandlung und die Beherrschung des Sprechgesanges. Erich Gimmler ist geborener Dresdner und damit seine gesangliche Ausbildung Hans Rüdiger und Prof. Albert Kluge.

* Mittelung aus der Kanzlei des Alberth-

theaters. Morgen, Donnerstag, wird zum erstenmal die Poche mit Gesang "Der Jongleur"

die bei ihrer Eröffnung viel Begeisterung und auskrieger Beifall auslöste, wiederholt. Freitag wird der drastische Schwanz "Familie Schinkel" mit Franz Stein in der Kanzlei zum fünftmal gegeben. Zum erstenmal in Wohlmeile geht Sonnabend, den 12. Februar, "Flammme" in Szene. Die Stelle, die bei der letzten Aufführung einzigen Beifall und zum Eintritt gab, wurde gestrichen. In Vorbereitung "Gespensterkonzerte"

* Morgen, Donnerstag, 1/2 Uhr im Vereins-

haus Symphonie-Konzert mit dem Philharmonischen Orchester. Dirigent: Leo Kästner. Klaviermitwirkung: Lotte Groß.

* Volkschule. Wegen Verhinderung des Vortragsenden fällt morgen Donnerstag, den 10. Februar, der Vortrag des Herrn Richard Vogel über Wasser- und Wärmetauschermaschine (Erich August Seminar aus).

Über Geschichte und Sage in der bildenden Kunst beim Bestechen von Kunstmessen finden am acht aufeinanderfolgenden Sonntag-Vormittagen gemeinsame Besichtigungen in Galerie und Albertinum unter Führung von Hel. Adeleib Röhne. Beginn: Sonntag, den 13. Februar, 1/2 Uhr, in der Gemäldegalerie.

Ausflüge zu diesen Führungen in der Gemäldegalerie, Neues Rathaus, Zimmer 44 (10 bis 3 Uhr, Sonnabend 10 bis 2 Uhr), sowie Dienstags und

Donnerstags von 5 bis 7 Uhr in der Städtischen

Vorlesungssäle, Wohlmeile, 9, I.

SLUB
Wir führen Wissen.

Amtlicher Teil.

Weitere Verordnung über die Mitswirkung der staatlichen Amtsstellen bei der Einkommensteuerveranlagung für 1920/21;

vom 7. Februar 1921.

Im Anschluss an die Verordnung vom 14. Dezember 1920 — veröffentlicht in Nr. 292 der Sächsischen Staatszeitung vom 18. Dezember 1920 — werden die staatlichen Amtsstellen unter Bezugnahme auf die Verordnung des Reichsfinanzministers über die Einziehung von Gehaltszinsen zum Zwecke der Veranlagung der Einkommensteuer vom 29. Dezember 1920 — abgedruckt in Nr. 2 des Centralblattes für das Deutsche Reich vom 12. Januar 1921 Seite 7 — angewiesen, außer der Nachweisung über die Dienstbezüge der zu ihrem Kostenbereich gehörigen Beamten und Angestellten auch Nachweisungen über die Bezüge der im abgelaufenen Kalenderjahr 1920 längere als 2 Monate gegen Zahn oder sonstiges Entgelt beschäftigten Personen aufzustellen.

Bei den Nachweisungen über das Einkommen der leichtenen Personen sind Vorbrüche zu verwenden, die von den Finanzämtern und Gemeindebehörden kostenfrei abgegeben werden.

Die Aufstellung der Nachweisungen hat genau nach dem Vorbruch zu erfolgen. Pfennigbeiträge sind wegzulassen. Maßgebend sind die Bezüge im Kalenderjahr 1920.

Zu dem Arbeitseinkommen gehören sämtliche Beträge, die für gegenwärtige oder frühere Dienstleistungen im Kalenderjahr 1920 gezahlt worden sind, also neben dem Lohn insbesondere auch Kinderbeiträgen, Unterfrügungen oder unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge. Auch Vergütungen für Überstunden sind mit anzugeben.

Die Wohnnachweisungen sind dem für den Wohnort oder die Wohnung des Empfängers der Bezüge zuständigen Finanzamt bis zu dem in der öffentlichen Aufforderung des zuständigen Finanzamts bestimmten Termin einzureichen.

Die Verordnung vom 14. Dezember 1920 über die Aufstellung von Nachweisungen über die Bezüge der Beamten und Angestellten der staatlichen Verwaltungen wird durch die vorstehende Regelung nicht berührt. Die staatlichen Amtsstellen werden jedoch nachträglich hierzu angewiesen, die Kosten, die ihnen für die auf Grund dieser Verordnung vom 14. Dezember 1920 angeordnete Belastung der Vorbrüche Z 76a und Z 76b entstanden sind, der für sie zuständigen Ministerialstelle bis zum 28. Februar 1921 anzugeben.

Dresden, den 7. Februar 1921. 10038

Gesamtministerium.

Der nachstehende Auszugswise Abdruck aus Nr. 27 des Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers vom 2. Februar 1921 wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 8. Februar 1921. 182 K

Arbeitsministerium. 10036

Belännmachung.
Auf Grund der Beschlüsse des Reichslohnverbandes vom 28. Januar 1921 gelten ab 1. Februar 1921 folgende Brennstoffvertragspreise je Tonne einschließlich Kohlen- und Umzugssteuer:

für Brennstoffe des Mitteldeutschen Braunkohlen-

verbands.

Briketts (Haushalt- und größere Industrieformate) 204,60 M.
Kleine Industriebriketts 214,60 -
Briketts der Gew. Humboldt-Wollensken 207,70 -
Briketts des Goseler Reviers 248,70 -
Brikettspäne 153,50 -

Kohlepreßsteine 189,00 -

Bei Lieferungen aller Brikettarten, Brikettspäne und Kohlepreßsteine nach Empfangsplätzen nördlich und westlich der Städte Torgau—Eilenburg—Halle—Obermöllingen am See—Dürenfurt—Bissegk—Meindorf—Bretzelben—Griesfeld einliegt, der an dieser Linie gelegenen Stationen; Linke Briesk—Pöhlwitz—Böhmlinie Hohenberg—Sonderhausen—Wolfskauken—Leinefelde—Schwerte—Wolfsfeld, einschl. der an diesen Eisenbahnhäusern gelegenen Stationen erfolgt die Lieferung auf Frachtgrundlage Ludenau. Bei Lieferungen nach dem Gebiete rechts der Elbe im Süden beginnt durch die Bahnhöfe Wittenberge—Reusel a. d. Dose—Paulinenaue, ausschließlich der an dieser Linie gelegenen Stationen auf Frachtgrundlage Senftenberg.

Kohlen (1 t = etwa 14 hl).
Mitteldeutsches Gebiet.

Hörderkohle 59,60 M.
Sichtkohle 65,50 -
Stückkohle 71,50 -

Die Rohholzen und Werkeln des Gesellschafts und aus Werken der A. Niedersächsischen Montanwerke im Obermöllinger Revier werden auf Frachtgrundlage Sonderlich veräußert.

für Brennstoffe des Niedersächsischen Syndikats.

Briketts im Haushalt- und höheren Industrieformat 204,60 M.

Briketts im kleineren Industrieformat 214,60 -

Brikettspäne 153,50 -

Kohlepreßsteine 189,00 -

Hörderkohle 58,10 -

Sichtkohle 65,50 -

Stückkohle 72,30 -

Kohlepreßsteine 55,80 -

Diese Justizsätze dürfen nicht überschritten werden,

sowohl der Hälfte als Kreidigerung oder

sonstige besondere Leistungen des Verkäufers in

Anspruch nimmt. Soweit es hier noch weitere Ju-

stizsätze gäbe, sind sie für jede einzelne

Leistung in den Rechnungen besonders anzugeben.

Sonstige Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Reichslohnverbandes.

Die in der Bekanntmachung vom 28. April 1920 (Reichsanzeiger Nr. 91) und vom 29. September 1920 (Reichsanzeiger Nr. 222) enthaltenen allgemeinen und Sonderbestimmungen gelten auch für die vorstehend veröffentlichten Brennstoffverkaufspreise.

Berlin, den 31. Januar 1921.
Handelsgesellschaft Reichslohnverband.

Teil I. Böfler.

Bei Stellvertretern des Vorsitzenden der Geschäftsführung des Reichslohnverbandes bei den Kreishauptmannschaften (zu vergl. Bekanntmachung vom 29. September 1920, Sächsische Staatszeitung vom 11. August 1920, Nr. 183) sind weiter ernannt worden:

für Sachsen der Oberregierungsrat Dr. Simon und

für Chemnitz der Geh. Regierungsrat Dr. Seyfarth.

Dresden, den 7. Februar 1921. 10033

Wirtschaftsministerium,
Abteilung für Handel und Gewerbe.

Im Einverständnis mit dem Herrn Reichsminister des Innern sind die Nachprüfungen der nichtärztlichen Fleischbeschauer und Trichinenbeschauer, soweit sie nach der Verordnung vom 29. September 1920 (Sächs. Staatszeitung Nr. 226) bis zum 10. Januar 1921 nicht erfolgen konnten,

nummehr bis zum 10. Juli 1921 nachzuholen.

Diese Verordnung ist allen nichtärztlichen Fleischbeschauern und Trichinenbeschauern von den Anstellungsbehörden zu Kenntnahme vorzulegen.

Dresden, den 9. Februar 1921. 235 V V

Wirtschaftsministerium, 10032
V. Abteilung (Landwirtschaft).

Die Sachsen- und Münchener Feuer-Gesellschafts-Gesellschaft hat für ihre Unfall- und Haftpflicht-Versicherungen als Hauptversicherungsagenten für den Freistaat Sachsen gemäß § 115 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1921 (Herrn Richard Grunewald in Dresden, Progr. Str. 49) bestellt.

Dresden, am 7. Februar 1921. 5a I Br.

Ministerium des Innern, 10034

Nachdem von einer Anzahl Beteiligter der Antrag auf Erteilung einer Zwangs-Zusage für das Glaser-Handwerk im Bezirk der Stadt Dresden und der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-S. mit Ausnahme der zum Amtsgerichtsbezirk Tharandt gehörigen Ortschaften mit dem Siegel in Dresden gestellt wurde, ist Stadtrat Reichardt in Dresden für die Absetzung des Verschaffens nach § 100 a der Reichs-Gewerbeordnung zum Kommissar ernannt worden.

Dresden, am 8. Februar 1921. 182 K

Arbeitsministerium. 10035

Belännmachung.
Auf Grund der Beschlüsse des Reichslohnverbandes vom 28. Januar 1921 gelten ab 1. Februar 1921 folgende Brennstoffvertragspreise je Tonne einschließlich Kohlen- und Umzugssteuer:

für Brennstoffe des Mitteldeutschen Braunkohlen-

verbands.

Briketts (Haushalt- und größere Industrieformate) 204,60 M.

Kleine Industriebriketts 214,60 -

Briketts der Gew. Humboldt-Wollensken 207,70 -

Briketts des Goseler Reviers 248,70 -

Brikettspäne 153,50 -

Kohlepreßsteine 189,00 -

Bei Lieferungen aller Brikettarten, Brikettspäne und Kohlepreßsteine nach Empfangsplätzen

nördlich und westlich der Städte Torgau—Eilenburg—Halle—Obermöllingen am See—Dürenfurt—Bissegk—Meindorf—Bretzelben—Griesfeld einliegt, der an diesen Eisenbahnhäusern gelegenen Stationen; Linke Briesk—Pöhlwitz—Böhmlinie Hohenberg—Sonderhausen—Wolfskauken—Leinefelde—Schwerte—Wolfsfeld, einschl. der an diesen Eisenbahnhäusern gelegenen Stationen erfolgt die Lieferung auf Frachtgrundlage Ludenau. Bei Lieferungen nach dem Gebiete rechts der Elbe im Süden beginnt durch die Bahnhöfe Wittenberge—Reusel a. d. Dose—Paulinenaue, ausschließlich der an dieser Linie gelegenen Stationen auf Frachtgrundlage Senftenberg.

Kohlen (1 t = etwa 14 hl).
Mitteldeutsches Gebiet.

Hörderkohle 59,60 M.

Sichtkohle 65,50 -

Stückkohle 71,50 -

Die Rohholzen und Werkeln des Gesellschafts und aus Werken der A. Niedersächsischen Montanwerke im Obermöllinger Revier werden auf Frachtgrundlage Sonderlich veräußert.

für Brennstoffe des Niedersächsischen Syndikats.

Briketts im Haushalt- und höheren Industrieformat 204,60 M.

Briketts im kleineren Industrieformat 214,60 -

Brikettspäne 153,50 -

Kohlepreßsteine 189,00 -

Hörderkohle 58,10 -

Sichtkohle 65,50 -

Stückkohle 72,30 -

Kohlepreßsteine 55,80 -

Diese Justizsätze dürfen nicht überschritten werden,

sowohl der Hälfte als Kreidigerung oder

sonstige besondere Leistungen des Verkäufers in

Anspruch nimmt. Soweit es hier noch weitere Ju-

stizsätze gäbe, sind sie für jede einzelne

Leistung in den Rechnungen besonders anzugeben.

Berlin, den 31. Januar 1921.

Handelsgesellschaft Reichslohnverband.

Teil I. Böfler.

Berlin, den 31. Januar 1921.

Wirtschaftsministerium, 10033

Recht mit beschränkter Haftung in Dresden: Die Firma lautet fünfzig Handelsgesellschaft für Qualitätssicherung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Habitant Carl Magdanz ist nicht mehr Geschäftsführer;

3. auf Blatt 12140, betr. die offene Handelsgesellschaft Emil Kämpfe Kartonagenfabrik in Dresden: Der Gesellschafter Johann Walter Stephan ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Bankdirektor Schurig in Blaubeck wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 14. März 1921 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des Vermögens des Habitantes Frau Oskar Meyer in Blaubeck, des Inhabers der Firma Blaubecker Papierfabrik Oskar Meyer in Blaubeck und Höhlig & Co. in Grünberg wird heute am 7. Februar 1921, nachmittags 14 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Bankdirektor Schurig in Blaubeck wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 14. März 1921 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines neuen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendensfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 28. Februar 1921, vormittags 14 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 30. März 1921, vormittags 14 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Ternitz amberauamt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Weiß haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Bestrafung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. März 1921 Anzeige zu machen.

Amtsgericht zu Blaubeck. 10022

In das hiesige Handelsregister ist heute eingetragen:

1. auf Blatt 400 die offene Handelsgesellschaft für den Orden der Deutschen (S. A. D. O.) in Dresden: Der Gesellschafter Paul Erich Müller ist aus der Gesellschaft ausgetreten. Die Gesellschaft ist aufgelöst.

2. auf Blatt 12644: Die Firma Arnold Redder in Dresden: Der Kaufmann Arnold Redder ist in Altenberga in Weiß abgewandert.

Das im Grundbuche für Klingenthal Blatt 114 auf den Namen der am 6. Februar 1919 in Klingenthal verstorbenen Christiane Karoline verw. Stark geb. Ulrichsmann eingetragene Grundstück soll zum Zwecke der Aushebung der Rechte der Eigentumsaufgabe abgegeben werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 41 At groß und auf

Tageschronik.

Götzen, 8. Februar. Eine Fabrik falscher Steuerzähler wurde in der benachbarten böhmischen Stadt Wünsdorf aufgedeckt. Schon vor einiger Zeit wurde von Dresden aus mitgeteilt, daß in den sächsisch-böhmisches Grenzen umfangreiche Schiebungen mit gefälschten deutschen Steuerzähleren vorgenommen wurden und der Hafens dadurch um hohe Werte geschädigt worden sei. Jetzt ist es gelungen, die Fabrik dieser Fälschungen aufzufinden. Sie befindet sich in Wünsdorf. Die Fälscher haben eine Anzahl Maschinen im Betrieb gesetzt, die bereit mit Beleg abgelegt werden sind. Eine Reihe von Personen, die mit der Fälsche im Zusammenhang stehen, wurde verhaftet. Die Fabrik wurde in einer stillliegenden Steinindustrie in Wünsdorf eingetrichtet. Es wurden dort mehrere hundert Bogen von Zigarettenzähleren hergestellt, von denen jeder einen Wert von 1200 M. hat. Diese Bogen wurden über die Grenze geschmuggelt und in Dresden und in der Umgebung von Dresden an Interessenten zum Preis von 50 bis 100 M. verkauft. Als Hauptnehmer ist sogar ein Mithelfer einer Zigarettenfabrik in Freiburg gekommen. Auch ein Tabakgeschäft in Dresden war bereits vor einiger Zeit verhaftet worden. Durch diese Verhaftung ist man der ganzen Fälscherei erst auf die Spur gekommen. Der Tabakgroßhändler hatte die falschen Zähleren von einem Agenten, namens Gütter, in Rengersdorf erworben, der die leidende Kraft in dieser ganzen Fälschungsangelegenheit gewesen ist. Insgesamt sollen für eine Siedlungsumstellung sächsischer Steuerzähleren seit Oktober bis Ende Januar hergestellt und vertrieben worden sein.

DA, Berlin, 8. Februar. An amtlicher Stelle ist eine Nachricht aus Tokio eingegangen, der zufolge Mr. Motonoma, der Besitzer zweier der gelehrten japanischen Blätter, der „Tokio Nishi Nippon“ und der „Osaka Mainichi“, für die deutsche Kämpferhalle einen Beitrag von 300 000 M. zur Verfügung gestellt hat.

Bremen, 8. Februar. Auf der Werft des Bremer Vulkan in Vegesack sind gestern der Stapellauf des Kampfers „Hindenburg“ im Anwesenheit des Generalfeldmarschalls Hindenburg, des Generals Ludendorff und der Hindenburgschen Familienangehörigen statt. In der Tandfreigabe sagte Hindenburg u. a.: So ziehe denn hin über das Meer und zeige der Welt, daß Deutschland den redlichen Willen hat, mit allen Völkern in Frieden zu leben, so lange es ihm die Ehre erlaubt, und knüpfe ein Band zwischen ihnen und uns, daß die Menschheit einander näherbringt und den niedrigen Austausch der Erzeugnisse ihrer Gemeinschaft, ihres Handwerks und des Fleißes ermögliche. Das ist der neue Wunsch eines alten Soldaten. Nach diesen Worten erfolgte der Stapellauf glatt und ohne Zwischenfall. Die nach Jahrtausenden gähnende Menge brachte Hindenburg begeisterte Jubelgefühle dar. Vor dem Stapellauf hatte eine Abstimmung der Arbeiterschaft stattgefunden, bei der sich 200 Angestellte einstimmig, die Arbeiter mit 30 Stimmen Mehrheit für den Namen Hindenburg entschieden hatten.

Uthphoven, 8. Februar. Der Dampfer „Mongolia“ überbrachte von New York 32 Passagiere erster und 515 Passagiere dritter Klasse.

Aren a. d. Elbe. Das Dorf Arosa bei Aren a. d. Elbe wurde gestern von einer 15 Mann starken Raubbande überfallen. Nachdem die Räuber bereits Geld, Wertgegenstände und Lebensmittel erbeutet hatten, wurden sie verjagt. Einige Mitglieder der Bande konnten verhaftet werden.

Soltau, Kreis Lebus. In der Nacht zum Sonntag ist hier ein schweres Verbrechen verübt worden. Der Inhaber der Schnorrsmühle, die abseits vom Dorfe liegt, ist von zurückkehren, daß die deutschen Bundesstaaten zwar zwei Männern erschossen worden. Seine

Mutter, die ihm zu Hilfe eile, wurde durch Bewerber schwarz verkleidet. Die beiden Verbrecher, die Arbeiter Hogenmeier und Höfe, sind festgenommen worden.

Höchstädt. In Höchstädt, 8. Februar. In der Nacht vom 29. zum 30. April v. J. wurden in der Evangelischen Kirche I. zu Höchstädt die Witwe König und der Schuhmachermeister Schmid ermordet. Zur Angabe, die zur Ergreifung oder Errettung des Täters führt, ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt. Der Tat bringt verdächtig ist der Handlungsbereich Hans Albrecht, geb. am 6. Januar 1893 (1897) in Nördlingen, dessen Bild bei allen Polizeibehörden eingeschlagen werden kann. Die Spuren können ebenfalls das Bild von der Staatsanwaltschaft oder dem Stadtmuseum Höchstädt i. Bayern angefordert erhalten. Es ist von ziemlich großer, schlanker Statur und nennt sich auch Emil Hermann Püttner, geb. am 18. April 1899 in Berlin und Emil Göp, geb. am 30. Dezember 1898 in Kaiserslautern, führt aber vermutlich auch noch andere Namen. Um Nachforschung nach Höchstädt zu nehmen, der sächsischen Mittelstandvereinigung, dem Dresdner Handwerkerverein oder gar der Gewerbeaufsicht Leiter auf seinem Fall das Recht zubilligen, ohne vorheriges Einverständnis mit dem vorgenannten Rentenstellen Anträge im Namen des sächsischen Handwerks an die Regierung zu stellen.

London, 8. Februar. Das vornehmste deutsche Schlossmuseum „Baden“ ist zwischen dem Reichstag und der Insel Wight im Besitz von Verlusten mit Lufttorpedos und kurztragenden Geschützen verdeckt worden. Die „Baden“ wird zum Zwecke weiterer Versuche wieder gehoben werden.

Volkswirtschaftliches.

Die sächsische Industrie und das Reich. Am 17. der sächsischen Industrie, dem amtlichen Organ des Verbundes Sächsischer Industrieller, vom 22. Januar d. J. veröffentlicht der Sünden des Verbundes, Dr. Dr. Johannes Kärtz, einen Aufsatz: „Rum 18. Januar 1921“, in dem er eingangs darauf hinweist, daß auf seinem Gebiet die Reichseinheit besser vorbereitet gewesen sei als auf wirtschaftlichem, auf dem eine jahrszeitlange Vorbereitung durch den Deutschen Volk und Handelskammern vom 1. Januar 1883 zu geleistet war. Sowohl habe ich zwar dem Anschluß an den Preußisch-Bessischen Volkverein lange widergelehrt. Die Männer aber, die das Zustandekommen dieses Volkvereins herbeiführten und zum Teil parale politische und wirtschaftliche Strömungen durchsetzten und erwangen, haben alle erkannt, daß die wirtschaftliche Einigung der deutschen Stämme die politische vorbereiten werde. So habe insbesondere auch der damalige Prinzregent Friedrich August von Sachsen in einem Handelsstreit mit dem König von Preußen der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Plan, die Interessen des Handels und Verkehrs in den verschiedenen deutschen Staaten zu vereinigen, und dadurch zugleich das politische Band zu verstetigen, nicht möglich dürfe. Die späteren dann erfolgte politische Einigung der deutschen Stämme im deutschen Reich hat dann auch mit der gesamten deutschen Volkswirtschaft und den Volkswirtschaften Sachsen seinen Ansporn zu möglicher Entwicklung gegeben. Diese erfolgreiche Entwicklung wird in dem Aufsage dann an Hand von Handelsspielen genauer ausgeführt, und es wird weiter darauf hingewiesen, daß heute, wo das deutsche Volk auf ein halbes Jahrhundert seiner politischen Einigkeit zurückblickt, die Frage, ob wirtschaftliche Interessen den Vortheil erzielen, keine Frage mehr sei. Die wirtschaftlichen Unterschiede, heißt es dann weiter, die insoweit des Reiches wichtige Wirtschaftsgebiete des Reiches eingetreten sind, wichen noch mehr in der Richtung des Aufeinanderangewiesenen der verschiedenen Bezirke. Gewiß sei nicht zu leugnen, daß sich schon in den Seiten des Krieges ein gewisser Wirtschaftsparticularismus bemerkbar gemacht habe. Wenn wir aber im Reich zu dem beständigen Wirtschaftsaufbau, der abseits vom Dorfe liegt, ist von zurückkehren, daß die deutschen Bundesstaaten zwar zwei Männern erschossen worden. Seine

Mutter, die ihm zu Hilfe eile, wurde durch Bewerber schwarz verkleidet. Die beiden Verbrecher, die Arbeiter Hogenmeier und Höfe, sind festgenommen worden.

Höchstädt. In Höchstädt, 8. Februar. In der Nacht vom 29. zum 30. April v. J. wurden in der Evangelischen Kirche I. zu Höchstädt die Witwe König und der Schuhmachermeister Schmid ermordet. Zur Angabe, die zur Ergreifung oder Errettung des Täters führt, ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt. Der Tat bringt verdächtig ist der Handlungsbereich Hans Albrecht, geb. am 6. Januar 1893 (1897) in Nördlingen, dessen Bild bei allen Polizeibehörden eingeschlagen werden kann. Die Spuren können ebenfalls das Bild von der Staatsanwaltschaft oder dem Stadtmuseum Höchstädt i. Bayern angefordert erhalten. Es ist von ziemlich großer, schlanker Statur und nennt sich auch Emil Hermann Püttner, geb. am 18. April 1899 in Berlin und Emil Göp, geb. am 30. Dezember 1898 in Kaiserslautern, führt aber vermutlich auch noch andere Namen. Um Nachforschung nach Höchstädt zu nehmen, der sächsischen Mittelstandvereinigung, dem Dresdner Handwerkerverein oder gar der Gewerbeaufsicht Leiter auf seinem Fall das Recht zubilligen, ohne vorheriges Einverständnis mit dem vorgenannten Rentenstellen Anträge im Namen des sächsischen Handwerks an die Regierung zu stellen.

Die wahrgenommenen Verletzungen des Handwerks zu den Angriffen der Mittelstandvereinigung. Die ordentliche Mittelstandvereinigung vom Landeskammertag des Sächsischen Handwerks erläutert in bezug auf die durch die Tagesschreie gesammelten Notiz nach Errichtung einer Handwerkerabteilung beim Sächsischen Wirtschaftskomitee, nach einem einheimischen Reichstag, den nur der Landeskammertag des sächsischen Handwerks als die bewußte, das Submissionsamt als die wirtschaftliche Gesamtvertretung und die Kammern als die amtlichen Organe berücksichtigt sind, im Namen des Gesamthandwerks zu sprechen und Anträge an die Regierung und die Volksvertretung zu stellen. Sie kann, obwohl zu der obigen Frage ingenieurtechnische Stellung zu nehmen, der sächsischen Mittelstandvereinigung, dem Dresdner Handwerkerverein oder gar der Gewerbeaufsicht Leiter auf seinem Fall das Recht zubilligen, ohne vorheriges Einverständnis mit dem vorgenannten Rentenstellen Anträge im Namen des sächsischen Handwerks an die Regierung zu stellen.

Die Bedeutung der deutschen Bergbauindustrie. Von befremdender Seite wird dem Hansemann mitgeteilt, daß die Bekanntmachung eines Dekrets der italienischen Regierung bevorsteht, wodurch auf Grund des Friedensvertrages das deutsche Eigentum in Italien, das sich schon vor dem 11. Januar 1920 im Kaiserreich befand, konfispiert wird. Die Bekanntmachung besteht sich nur auf das Vermögen, das nicht als Kleinbetrieb angesehen werden kann, der freigegeben wird. Die Verordnung stellt nicht das leidende Wort der italienischen Regierung dar, sondern läßt anderthalb Wege offen, um über Ausnahmefälle zu verhandeln. Immerhin kann man den deutschen Eigentümern in Italien nur dringend raten, schon jetzt genügend detaillierte Befreiungsanträge vorzubereiten oder einzureichen, soweit sie dazu in der Lage sind.

Die Bedeutung der deutschen Leberindustrie. Über die Bedeutung der deutschen Leberindustrie erhalten wir von dem Zentralverein der Deutschen Leberindustrie, e. V., nachstehende Angaben: Die Zahlen der Betriebsbetriebe und der beschäftigten Arbeiter, die vor dem Kriege etwa 4000 bis 4500 lagen, sind für die Einschätzung der Leberindustrie nicht ausschlaggebend, sondern vielmehr der Wert der im Veredelungsbereich erzeugten Produkte. Es beträgt die Einfahrt an Rohstoffen im Jahre 1913 fast 3 Millionen Doppelzentner. Hühne und Helle im Werte von 520 Mill. M. Die Leberproduktion erreichte im Jahre 1913 den Wert von etwa 760 Mill. M., die Ausfuhr an Leber belief sich im gleichen Jahre auf etwa 244 Mill. M. Nach Auflösung der Zwangswirtschaft im August 1919 hat die Leberindustrie, die $\frac{1}{3}$ ihrer Rohstoffe vom Auslande beziehen muß, in den freien Wirtschaft bereit 1919 wieder etwa 23 Mill. kg Hühne und Helle im Werte von fast 600 Mill. M. aus dem Auslande eingeschafft, in den ersten 6 Monaten des Jahres 1920 schon etwa 29 Mill. kg. Dabei muß berücksichtigt werden, daß diese Zahlen in Wirklichkeit noch etwas höher anzusehen sind, da nicht alle Einschätzungen von der Statistik erfaßt sind. Im Infektionsausbruch wieder eingeführt, so daß die dortigen Betriebe schon viel früher mit der Einfahrt von Rohstoffen beginnen konnten. Die Versorgung der Bevölkerung mit Schuhwerk hat sich dank der täglichen Tätigkeit der Industrie durch die erneute Steigerung der Leberproduktion im Vergleich zur Zeit der Zwangswirtschaftszeit deutlich verbessert.

Ein Riesenauftag für die Ausbildung russischer Lokomotiven.

Es scheint, daß die englische große Firma von Armstrong, Whitworth & Co. den Sieg davontragen wird in dem Wettbewerb um den Riesenauftag, die herstellungsbedürftigen russischen Lokomotiven.

motiven wieder ins Land zu bringen. Ein Vertrag zwischen der Firma und der russischen Handelsdelegation ist bereit unterzeichnet worden und soll automatisch in Kraft treten, sobald das vorgezeichnete russisch-englische Handelsabkommen unterzeichnet ist. Der Auftrag für Armstrong gilt für eine große Reihe von Lokomotiven, und es wird in London besprochen, die Firma habe im Verhältnis sehr billige Forderungen gestellt, um eine große Zahl ihrer Arbeiter im Dienst beibehalten zu können. Ein Beispiel von der Ausdehnung des Auftrages zu erhalten, muß man wissen, daß zu Beginn des vorigen Jahres auf den 17 großen Bahnen Russlands etwa 9000 Lokomotiven vorhanden, von ihnen aber nur 4000 betriebsfähig waren.

Entscheide Berliner Karte vom 8. Februar. 5% Deutsche Reichsdeutsche 77,50, 4% Deutsche Reichsdeutsche 54,40, 34% Deutsche Reichsdeutsche 65,10, 3% Deutsche Reichsdeutsche 67,30, 3% Deutsche Reichsdeutsche 57,90, Hamburger Postzeitung 183,50, Hamburger Postzeitung 265,00, Norddeutscher Lloyd 180,25, Vereinigte Oberpostzeitung 304,75, Bank für Bauwesen 174,00, Deutsche Bank 295,00, Deutsche Kommission 240,00, Dresden Bank 210,00, Deutscher Zeitung 184,00, Deutsche Wirtschaftszeitung 197,00, Deutsche Union 505,00, Bergmanns Zeitung 302,50, Bildmärkte 572,00, Sudamerikanische Zeitung 406,00, Zeitungen Sachsen 449,00, Chem. Werke 350,00, Chemie Zimmermann 265,00, Daimler Motor 231,00, Deutsche Presse 300,50, Deutsche Zeitung 104,00, Deutsche Gewerblage 258,00, Deutsche Ton- u. Stein 297,50, Deutsche Waffen 463,00, Domänenmarkthütte 600,00, Dresdner Gardinen 340,00, Oberholz-Haus 420,00, Schlesischen Bergwerk 310,50, Ad. Goldschmidt 749,75, Görlitzer Maschinen 260,00, Görlitzer Waggonfabrik 348,00, Harpen Bergwerk 403,00, Hartmanns Waldmühle 301,00, Halberstädter Eisen 970,00, Hollenwerke 236,00, Höchster Hütten 336,00, H. Höch & Co. 310,00, Hüttenwerke 392,00, H. John-Artien 275,00, Kahl's Porzellan 565,00, Lauthammer 540,00, Raumhütte 200,00, Ludwig Löwe & Co. 420,00, Lüdzau & Steffen 265,00, Meissner Kappel 720,00, Rüthenberger Hütten —, Oberholz Eisenbahnbau 244,00, Oberholz Eisenbahnbau 239,00, Phoenix Bergwerk 546,25, Planeten Epheus 214,00, Hermann Pöge 301,00, Rheinische Metall 310,25, Rodder & Schröder 305,00, Rosenthal Porzellan 665,00, Sachsenhütte 302,00, Sachsenhütte 285,00, Sachsenhütte 925,00, Sachsenhütte 421,00, Sachsenhütte 420,00, Schubert & Salzer 306,00, F. Schulz & Co. 385,00, Ged. Mühlendorf 245,50, Siemens Glas 521,00, Wandsbeker 571,00, Weier-Artien 294,00, Wandsbeker 315,50 engl. Bellforserei 302,00.

Sächsische Holzversteigerungsergebnisse.

Amts- haupt- manns- chaft	Woh- tum- Fm	Vor- holz und Holz- furni- tur	Preis je Fm in Pfennig
	Fm	12 15 22 29 30 am-	13 16 23 30
Hirsch- Wör- ditz	28.	68	Rieger 307 418 488 500
	1.	25	Rieger 320 428 414 500
		55	Rieger 371 307 . . .
		87	Rieger 210 290 280 362 355
Kreiberg- Frauen- stein	31.	18	Rieger 356 356 . . .
	1.	162	Rieger 300 354 450 . . .
Pitsna- Hohn- stein	31.	310	Rieger 279 294 418 . . .
	1.	61	Rieger 266 262 483 426 . . .

Um Mitteilung der Versteigerungsergebnisse eracht die Geschäftsstelle des Landesverbands Sachsen-Waldhüter, Dresden-N., Striesen 10.

Dresdner Börse 8. Februar 1921.

Technische Staatspapiere.

8. "Technische Staatspapiere" a. 1903	5%	—	n. "Brieg. Obr.-Gesell. XII"	57	88,25	0,
8. "Technische Staatspapiere" b. 1905	5%	—	n. "Obr.-Gesell. Gesell. VIII"	4	50,75	0,
8. "Technische Staatspapiere" c. 1905	5%	—	n. "Obr.-Gesell. Gesell. VIII"	4	50,75	0,
8. "Technische Staatspapiere" d. 1905	5%	—	n. "Obr.-Gesell. Gesell. VIII"	4	50,75	0,
8. "Technische Staatspapiere" e. 1905	5%	—	n. "Obr.-Gesell. Gesell. VIII"	4	50,75	0,
8. "Technische Staatspapiere" f. 1905	5%	—	n. "Obr.-Gesell. Gesell. VIII"	4	50,75	0,
8. "Technische Staatspapiere" g. 1905	5%	—	n. "Obr.-Gesell. Gesell. VIII"	4	50,75	0,
8. "Technische Staatspapiere" h. 1905	5%	—	n. "Obr.-Gesell. Gesell. VIII"	4	50,75	0,
8. "Technische Staatspapiere" i.						